



Vollzug im Wandel

# Risiken und Chancen

Gespräch mit Justizminister Prof. Dr. Goll am 17. Juni 2008 in Stuttgart

**Teilnehmer des Justizministeriums Baden-Württemberg waren:**

- Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll,
- Ministerialdirigent Ulrich Futter, Abteilungsleiter Justizvollzug und
- Persönlicher Referent des Ministers, Richter Florian Diekmann.

**Der Landesvorstand des BSBD wurde vertreten vom**

- Vorsitzenden Ernst Steinbach,
- der stellvertretenden Vorsitzenden Elfriede Ensle-Bohn und
- Justitiar Gerhard Maurer-Hellstern.

**Das rd. 1 1/2-stündige Gespräch hatte schwerpunktmäßig folgende Themen zum Inhalt**

- Privatisierung in der neuen JVA Offenburg,
- Haftplatzentwicklungsprogramm Justizvollzug 2015,
- Nachtragshaushalt mit 30-Mio-Programm für den Justizvollzug und
- Dienstrechtsreform.

**Zusammengefasst brachte das intensiv-sachliche Gespräch in guter Atmosphäre - auch unter klarer Äußerung unterschiedlicher Meinungen - folgende Aspekte:**

- Für die **neue JVA Offenburg** werden nach Minister GOLL insgesamt 225 Stellen benötigt. Dies sei zwar dem Landesrechnungshof zu viel, der Bedarf sei aber auf der Basis anderer Anstalten berechnet worden. In Offenburg wird es 102 private Arbeitskräfte geben und 123 staatl. Bedienstete, davon 55 aus der alten JVA Offenburg und 68 neu eingestellte Beamte. Der Landesvorsitzende STEINBACH bittet zu beachten, dass die hohe Motivation der Vollzugsbeamten und -beamtinnen sowie der Informationsfluss in der Anstalt durch die Teilprivatisierung weder gestört werden noch gar leiden dürfe. Das Zusammenspiel müsse stimmen, denn Motivation und Information sind zentral wichtige Sicherheitselemente! Hierzu äußert der Minister, dass in den kommenden Monaten ein Betriebskonzept entwickelt und mit dem privaten Dienstleister Kötter ausgehandelt werde. Hierauf wird der **BSBD** ein

waches Auge haben! Auf Vorhalt des Landesvorsitzenden, dass der **BSBD** nicht über die Planungs- und Umsetzungsmaßnahmen zur Teilprivatisierung informiert worden sei, stellte Minister GOLL fest, dass die Vollzugsbediensteten den „VOLLZUG ZU IHRER SACHE MACHEN“ und dies auch künftig so bleiben werde. Dies sieht der **BSBD** durchaus als Auftrag und Aufgabe, denn immerhin vertritt er rd. 70% der Landesbediensteten.

- Zum **Programm Justizvollzug 2015** wird vom Minister dargelegt, dass 1200 alte Haftplätze aufgegeben werden müssen und im Gegenzug 2400 neue Haftplätze geschaffen werden - „Nettozugang“ sonach: 1200 Haftplätze. In ROTTWEIL wird wohl schneller gebaut werden können, als zu erwarten war. Sollte Offenburg „gut laufen“, werde auch die neue JVA Rottweil teilprivatisiert. Dazu gibt der **BSBD** zu bedenken, ob eine kurze Erprobungsphase für weitreichende Folgerungen stichhaltig sein kann. Die Erweiterung von bestehenden Anstalten mache nur dann Sinn, wenn die Anzahl der Haftplätze begrenzt bliebe - denn: auch große Anstalten müssen regierbar bleiben! Im Hinblick auf die Schließung kleiner Außenstellen sei man flexibel, wobei die Signale aus der Praxis sehr wohl gehört und auch ernst genommen würden. Im Ministerium sei man auch weiterhin an feedbacks aus der Praxis sehr interessiert.
- Mit dem **30-Mio-Euro-Programm** werden 30 neue Stellen geschaffen und sicherheitstechnische Einrichtungen - wie z.B. Mobilfunkblocker, Detektionsanlagen u.a. auf den Weg gebracht. Hierzu fragt der Landesvorsitzende nach, ob es innerhalb dieses „Pakets auch Luft für strukturelle Verbesserungen“ gäbe, z.B. Angleichung der „Gitterzulage“ an die Polizeizulage. Hier sieht Minister GOLL durchaus Ansatzpunkte: So sei auch die Bezahlung der Anstaltsleiter völlig unzureichend, da diese „vor Ort“ die schwierigsten Aufgaben unter großer Verantwortung zu bewältigen hätten. Eine Anhebung von deren Bezügen würde sich dann auf den „qualifizierten Unterbau“ - als „Sog“ - günstig auswirken.

Justizminister Prof. Dr. Goll bittet den Landesverband, einen Katalog - eine „Wunschliste“ - mit den dringlichsten Maßnahmen für strukturelle Verbesserungen zusammenzustellen. Der Landesvorstand hat deshalb seine nächste Sitzung auf Mitte Juli 2008 vorverlegt, um die „Wunschliste“ noch rechtzeitig vor der Sommerpause dem Minister vorlegen zu können.

- Die **Dienstrechtsreform** soll noch in der laufenden Legislaturperiode durchgeführt werden. Im Kontext mit der Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre wird auch über die „besondere Altersgrenze 60“ für Polizei sowie für AVD und Werkdienst nachzudenken sein. Insofern wäre eine Koppelung an die Ableistung von Schicht- und Wechseldienst „denkbar“ - mit all ihren Folgen auf Vollzugs- und Lebensqualität, wie vom Vorsitzenden dargetan. Ein von der Landesregierung offenbar vorgezogener Einstieg in die Anhebung der Pensionsaltersgrenze bereits ab 2010 werde von den Mitgliedern des **BSBD** als weiteres und erneutes Sonderopfer für die Landesbeamten angesehen und keineswegs hingenommen, da weder im Bund noch an allen übrigen Bundesländern vergleichbare Planungen bestünden. Minister GOLL geht davon aus, dass auch in Baden-Württemberg der Start voraussichtlich erst im Jahr 2012 erfolgen wird. Für die Besoldungsentwicklung in 2009 sieht er eine spürbare Erhöhung, meint jedoch, dass sie wahrscheinlich unter 8 Prozent liegen werde.

**Deutliche Risiken erkannt und darauf hingewiesen**

**Der BSBD-Landesvorstand sieht den Justizvollzug in einem gewissen Wandel. Er hat in allen dargestellten Bereichen klar und deutlich Risiken benannt und auf deren Folgen hingewiesen. Mit den neu verfügbaren Mitteln, für die sich Justizminister GOLL in schwieriger Zeit nachhaltig ein- und durchgesetzt hat, lassen sich aus Sicht des BSBD auch Chancen für günstige Entwicklungen des Vollzugs und seiner Bediensteten eröffnen: Diese wollen wir auch ergreifen!**

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
 35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**  
**DSB BANK** und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € günstige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., \*5,99% effektiver Jahreszins, Lfz. 12 J., ab \*5,75% \*effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.d.D. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.  
 www.ak-finanz.de AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen **Tel. 0800/1000 500**  
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de Gebührenfrei

## **Brief des Landesvorstands an Justizminister Professor Dr. Ulrich GOLL**

Der bei dem Gespräch am 17.06.2008 von Justizminister Prof. Dr. GOLL geäußerten Aufforderung nach Abgabe einer „Wunschliste“ ist der Landesvorstand sehr gerne gefolgt und er hat sich zu einer vorgezogenen Sitzung am 18.07.2008 in Offenburg getroffen. Dabei war die Zusammenstellung eines Katalogs von „strukturellen Veränderungen und Verbesserungen im Justizvollzug des Landes – i.V.m. der Dienstrechtsreform“ die zentrale und zielführende Diskussionsbasis.

Die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse wurden unmittelbar danach in einem fünfseitigen Brief an Herrn Justizminister formuliert und dieses Schreiben wurde am 23.07.2008 im Justizministerium in Stuttgart vom Landesvorsitzenden übergeben.

Darin hat der Landesvorstand mit guten Gründen und substantiiert Vorschläge zur Verbesserung von Besoldungsstrukturen anhand von veränderten Aufgabenstellungen im Justizvollzug unterbreitet.

### **Vorgetragene Positionen des BSBD angemessen**

In seinem Antwortschreiben vom 15.08.2008 hat Herr *Justizminister Prof. Dr. GOLL* dargelegt, dass auch er die von uns vorgetragene Positionen seit geraumer Zeit für angemessen hält und dass deshalb die Inhalte unserer „Wunschliste“ größtenteils Eingang in die offiziellen Vorstellungen des Justizministeriums zur Dienstrechtsreform gefunden haben; sie sind somit auch an die mit dieser Angelegenheit befassten Landesministerien übermittelt worden. Es bleibt also spannend!

Näheres wird beim *Landesdelegiertentag* am 24. und 25.10.2008 in Stuttgart zur Sprache kommen.

## **Ein Jahr neuer Jugendstrafvollzug**

### **„Der Erfolg lässt auf sich warten“**

**E**in Jahr nach der Reform des Jugendstrafvollzugs sehen die Praktiker noch keine großen Erfolge. „Verschiedene Dinge laufen nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben“, sagte der Landesvorsitzende der Strafvollzugsgewerkschaft BSBD, Ernst Steinbach in Stuttgart. Er kritisierte unter anderem, dass zu wenig Personal vorhanden sei, um die Ziele von Justizminister Ulrich Goll (FDP) richtig umzusetzen. Mit 41 Bediensteten pro 100 Gefangenen leiste sich Baden-Württemberg den geringsten Personaleinsatz im Vollzug unter allen Bundesländern.

„Mit dem Haushalt sind immerhin 15 Personalstellen bewilligt worden. Mindestens das Doppelte wäre aber notwendig, um die Arbeit vernünftig machen zu können“, mahnte Steinbach.

Die Länder können seit der Föderalismusreform den Strafvollzug in eigener Regie regeln. Seit dem 1. August 2007 geht Baden-Württemberg neue Wege im Jugendstrafvollzug: Zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Straftaten sollen die Gefängnisse im Land künftig konsequenter daran arbeiten, junge Kriminelle wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Erziehen, bilden und fördern lautet die Devise. Um dies zu erreichen, soll ein spezielles Erziehungskonzept Grundwerte wie Mitmenschlichkeit, Rücksicht, Disziplin und Ordnung vermitteln.

### **Ohne Personal können Golls Ziele nicht umgesetzt werden**

Eine Besonderheit ist auch die Dreiteilung des Vollzugs. Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren sollen von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) sowie den Erwachsenen (älter als 24 Jahre) getrennt untergebracht werden. Zudem erhalten junge Gefangene längere Hofgänge und Besuchszeiten. „Wir stoßen an unsere Grenzen, wenn es um die Umsetzung dieser hehren Ziele geht“, betonte Steinbach. Wenn ein Gefangener nun vier Stunden lang auf den Hof geht, muss auch ein Vollzugsbeamter genau so lange präsent sein. Er soll verhindern, dass dem Gefangenen nichts über die Mauer zugeworfen wird oder dass es zu Auseinandersetzungen unter den Gefangenen kommt. „Dies ist ziemlich aufwändig. Dasselbe gilt für die Besuchszeiten, bei denen Personal darauf achten muss, dass nichts Verbotenes wie Drogen und Handys in den Knast geschmuggelt werden.“

Die intensive Betreuung jugendlicher Krimineller während der Haft und kurz vor der Entlassung stelle das Gefängnispersonal vor große Anforderungen. „Momentan können wir das noch nicht voll leisten“, erklärte Steinbach.

Er kritisierte ferner Golls Pläne, den Vollzug zu konzentrieren und stärker zu privatisieren. So sollen in der Justizvollzugsanstalt für jugendliche in Adelsheim zwei Hafthäuser gebaut, dafür aber Crailsheim aufgelöst werden. „Wir sind für kleinere Einheiten, um die Gefangenen aus Sicherheitsgründen auch trennen zu können“,

sagte Steinbach. Ein positiver Aspekt mehrerer Anstalten sei, dass Gefangene näher an ihrem Heimatort untergebracht seien.

Durch die geplante Privatisierung des Gefängnisses in Offenburg bestehe die Gefahr, dass die Qualität des Vollzugs leide. Mit Blick auf das Personal in den Haftanstalten sagte Steinbach: „Wir sind stolz darauf, dass wir eine zwei Jahre dauernde Ausbildung haben. Bei den Privaten soll eine „Schnellbleiche“ innerhalb von etwa vier Wochen erfolgen.“ Auch seien ihre Löhne deutlich niedriger.

Steinbach betonte, dass Gefängnisse mit mehr als 500 Gefangenen „nicht mehr regierbar“ seien. „Deswegen gibt es in Mannheim mit seinen rund 850 Gefangenen immer wieder Probleme mit Ausbrüchen, Drogen, Gewalt und Anonymität. Das ist eine Meute, die sie nicht mehr überblicken können.“

### **Tagung der Arbeitsgruppe „Allgemeiner Vollzugsdienst“**

**Am 09.09.2008 trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe AVD zu ihrer Herbsttagung in Stuttgart.**

Tagungsort waren die Räumlichkeiten der DpolG am Kernerplatz. Der Geschäftsführer der DpolG, Herr Hoffmann, ließ die Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Kollegen Alexander Schmid in „seinen“ Räumen herzlich willkommen. Ebenfalls anwesend war der Vorsitzende des HPR, Kollege Georg Konrath, der die Tagung in ihrem weiteren Verlauf fachlich begleitete. Herr Hoffmann gab einen kurzen Überblick über Organisation und Aufgaben der Geschäftsstelle und wünschte der Tagung einen guten Verlauf.

In Anbetracht des anstehenden Delegationstages waren natürlich die durch die Fachgruppe AVD gestellten Anträge ein Hauptthema der Tagung. Aber auch aktuelle Themen aus der Politik, hier ist insbesondere die Dienstrechtsreform, die ja zum 01.04.2009 in Kraft treten soll, zu nennen, gaben viel Diskussionsstoff.

Alexander Schmid



## „Hier wird niemand bevorzugt“

Interview des dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen mit dem Passauer Neuen Presse vom 21. August 2008

### Sind Staatsdiener im Alter übertversorgt?

**Heesen:** Es gibt keine Übertversorgung. Das sieht jeder, der sich die Zahlen nicht nur für hohe Ministerialbeamte, sondern für Beschäftigte zum Beispiel im Strafvollzug ansieht. Die erhalten einen Sold von 2100 Euro. Die Pension beträgt davon maximal 71,75 Prozent und muss noch voll versteuert werden – so gelangt man in eine Größenordnung, bei der weder von Reichtum noch von hoher Alterssicherheit die Rede sein kann. Das ist eine reine Neidde-

batte im Sommerloch, noch dazu auf der Basis falscher Grundlagen. Wer bei Renten und Pensionen nur auf die nackten Zahlen schaut, wird der Sache nicht gerecht. Hier werden Eier mit Wassermelonen verglichen. Für die Beamten ist die Pension die einzige Altersversorgung. Ein Angestellter erhält dagegen im Alter oft zusätzliche Versorgung – etwa durch Betriebsrenten.

*Pensionen bemessen sich nach dem Verdienst der letzten drei Berufsjahre – also der höchsten Stufe, die ein Beamter er-*

*reicht. Für die Renten wird dagegen das Durchschnittseinkommen aller Beitragsjahre herangezogen. Ist das nicht ungerecht?*

**Heesen:** Hier wird niemand bevorzugt. Der Unterschied ist systembedingt. Bereits seit 1957 gilt: Weil Beamte später einen Versorgungsanspruch haben, der sich aus ihrem letzten Verdienst berechnet, ist ihre Besoldung in jungen Jahren niedriger. Sie werden deutlich schlechter

Fortsetzung nächste Seite

## Schwäbische Zeitung vom 02. August 2008

### Justiz

# Praktiker kritisieren Strafvollzug

**STUTTGART (IsW) - Ein Jahr nach der Reform des Jugendstrafvollzugs sehen die Praktiker noch keine großen Erfolge. „Verschiedene Dinge laufen nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben“, sagte der Landesvorsitzende der Strafvollzugsgewerkschaft BSBD, Ernst Steinbach.**

Steinbach kritisierte unter anderem, dass zu wenig Personal vorhanden sei, um die Ziele von Justizminister Ulrich Goll (FDP) richtig umzusetzen. Mit 41 Bediensteten pro 100 Gefangene leiste sich Baden-Württemberg den geringsten Personaleinsatz im Vollzug unter allen Bundesländern.

„Mit dem Haushalt sind immerhin 15 Personalstellen bewilligt worden.

Mindestens das Doppelte wäre aber notwendig, um die Arbeit vernünftig machen zu können“, mahnte Steinbach.

Die Länder können seit der Föderalismusreform den Strafvollzug in eigener Regie regeln. Seit dem 1. August 2007 geht Baden-Württemberg neue Wege im Jugendstrafvollzug: Zum besseren Schutz der Bevölkerung sollen die Gefängnisse künftig konsequenter daran arbeiten, junge Kriminelle wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Erziehen, bilden und fordern lautet die Devise. Um dies zu erreichen, soll ein spezielles Erziehungskonzept Grundwerte wie Mitmenschlichkeit, Rücksicht, Disziplin und Ordnung vermitteln.

Eine Besonderheit ist auch die Dreiteilung des Vollzugs. Jugendliche im Al-

ter von 14 bis 18 Jahren sollen von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) sowie den Erwachsenen (älter als 24 Jahre) getrennt untergebracht werden. Zudem erhalten junge Gefangene längere Hofgänge und Besuchszeiten. „Wir stoßen an unsere Grenzen, wenn es um die Umsetzung dieser hehren Ziele geht“, betonte Steinbach.

### Kritik an Privatisierung

Wenn ein Gefangener vier Stunden lang auf den Hof geht, muss auch ein Vollzugsbeamter präsent sein. Er soll verhindern, dass dem Gefangenen etwas über die Mauer zugeworfen wird oder dass es zu Auseinandersetzungen unter den Gefangenen kommt. „Dies

ist ziemlich aufwendig. Dasselbe gilt für die Besuchszeiten, bei denen Personal darauf achten muss, dass nichts Verbotenes wie Drogen und Handys in den Knast geschmuggelt werden.“

Die intensive Betreuung Jugendlicher während der Haft und kurz vor der Entlassung stelle das Personal vor große Anforderungen. „Momentan können wir das noch nicht voll leisten“, erklärte Steinbach. Er kritisierte ferner Golls Pläne, den Vollzug zu konzentrieren und stärker zu privatisieren. So sollen in der Justizvollzugsanstalt in Adelsheim zwei Haft Häuser gebaut, dafür aber Crailsheim aufgelöst werden. „Wir sind für kleinere Einheiten, um die Gefangenen aus Sicherheitsgründen auch trennen zu können“, sagte Steinbach. **KOMMENTAR**

## Stuttgarter Zeitung vom 02. August 2008

# Wärter scheitern an hehren Zielen eines besseren Vollzugs

Ein Jahr nach der Reform läuft in den Jugendgefängnissen noch vieles nicht rund

**Stuttgart (IsW) - Ein Jahr nach der Reform des Jugendstrafvollzugs sehen die Praktiker noch keine großen Erfolge.**

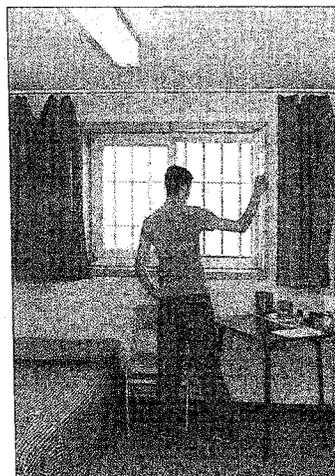
„Verschiedene Dinge laufen nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben“, sagte der Landesvorsitzende der Strafvollzugsgewerkschaft BSBD, Ernst Steinbach, am Freitag in Stuttgart. Er kritisierte unter anderem, dass zu wenig Personal vorhanden sei, um die Ziele von Justizminister Ulrich Goll (FDP) richtig umzusetzen. Mit 41 Bediensteten pro 100 Gefangenen leiste sich Baden-Württemberg den geringsten Personaleinsatz im Vollzug unter allen Bundesländern.

„Mit dem Haushalt sind immerhin 15 Personalstellen bewilligt worden. Mindestens das Doppelte wäre aber notwendig, um die Arbeit vernünftig machen zu können“, mahnte Steinbach. Die Länder können seit der Föderalismusreform den Strafvollzug in eigener Regie regeln. Seit dem 1. August 2007 geht Baden-Württemberg neue Wege im Jugendstrafvollzug: Zum besseren Schutz der Bevölkerung vor Straftaten sollen die Gefängnisse im Land künftig konsequenter daran arbeiten, junge Kriminelle wieder in die Gesellschaft einzugliedern.

Erziehen, bilden und fordern lautet die Devise. Um dies zu erreichen, soll ein spezielles Erziehungskonzept Grundwerte wie Mitmenschlichkeit, Rücksicht, Disziplin und Ordnung vermitteln.

Eine Besonderheit ist auch die Dreiteilung des Vollzugs. Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren sollen von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen (18 bis 24 Jahre) sowie den Erwachsenen (älter als 24 Jahre) getrennt untergebracht werden. Zudem erhalten junge Gefangene längere Hofgänge und Besuchszeiten. „Wir stoßen an unsere Grenzen, wenn es um die Umsetzung dieser hehren Ziele geht“, betonte Steinbach. Wenn ein Gefangener nun vier Stunden lang auf den Hof geht, muss auch ein Vollzugsbeamter genauso lang präsent sein. Er soll verhindern, dass dem Gefangenen nichts über die Mauer zugeworfen wird oder dass es zu Auseinandersetzungen unter den Gefangenen kommt.

„Dies ist ziemlich aufwendig. Dasselbe gilt für die Besuchszeiten, bei denen Personal darauf achten muss, dass nichts Verbotenes wie Drogen und Handys in den Knast geschmuggelt wird.“ Die intensive Betreuung jugendlicher Krimineller während der Haft



Hinter Gittern in Adelsheim Foto: dpa

und kurz vor der Entlassung stelle das Gefängnispersonal vor große Anforderungen. „Momentan können wir das noch nicht voll leisten“, erklärte Steinbach. Er kritisierte Golls Pläne, den Vollzug zu konzentrieren und mehr zu privatisieren. So sollen in der Justizvollzugsanstalt für Jugendliche in Adelsheim zwei Haft Häuser gebaut, dafür aber Crailsheim aufgelöst werden. „Wir sind für kleinere Einheiten, um die Gefangenen aus Sicherheitsgründen auch trennen zu können“, sagte der Gewerkschaftschef.

### Positiver Aspekt: Gefangene näher am Heimatort

Ein positiver Aspekt mehrerer Anstalten sei, dass Gefangene näher an ihren Heimatorten untergebracht seien. Durch die geplante Privatisierung des Gefängnisses für Erwachsene in Offenburg bestehe die Gefahr, dass die Qualität des Vollzugs leide. Mit Blick auf das Personal in den Haftanstalten warnte Steinbach: „Wir sind stolz darauf, dass wir eine zwei Jahre dauernde Ausbildung haben. Bei den Privaten soll ein Schnellbleiche innerhalb von etwa vier Wochen erfolgen.“

bezahlt als Angestellte in vergleichbaren Funktionen. Im Alter gleicht sich das aus.

*Dennoch haben Beamte bereits nach wenigen Jahren Anspruch auf eine Mindestpension, die höher ist als die Durchschnittsrente nach 45 Jahren Beitragszahlung...*

**Heesen:** Dieser Anspruch auf Mindestversorgung greift nach fünf Jahren, wird aber nur im Ausnahmefall gewährt. Zum Beispiel bei Dienstunfähigkeit. Das ist der Grundsatz der Alimentation, der im Grundgesetz steht: Beamte sind in ihren Arbeitnehmerrechten erheblich beschnitten. Sie haben kein Streikrecht und können nicht über ihr Einkommen verhandeln. Zum Ausgleich sichert ihnen der Staat eine dauerhafte Unterstützung zu.

*Was spricht dagegen, Staatsdiener ins Rentensystem zu integrieren?*

**Heesen:** Aus dem bisherigen Nettoeinkommen können Beamte nicht für ihre Altersbezüge sorgen. Deshalb: Wenn das Rentensystem auf sie ausgeweitet würde, wären gleichzeitig sämtliche Beamtenghälter erheblich anzuheben. Dazu müsste in der Verfassung der Grundsatz der Alimentation gestrichen werden. Das wäre die faktische Abschaffung des Berufsbeamtentums – mit allen Konsequenzen: Streikrecht auch für die Polizei zum Beispiel. Mit der Sicherheit, dass das Staatswesen immer funktioniert, wäre dann Schluss. Ich halte von dieser Debatte überhaupt nichts.

*Pensionsansprüche sind eine hohe Belastung für die Öffentlichen Haushalte – zählt dieses Argument für Sie nicht?*

**Heesen:** Doch! Um das Pensionssystem haushaltsfest zu machen, haben die Beamten zuletzt vieles geschluckt und mitgetragen. Jahrelang gab es keine Einkommenserhöhung, der Höchstsatz bei den Pensionsansprüchen wurde gesenkt. Dass dennoch die Haushalte so sehr belastet werden, ist ein Versäumnis der Politik. Erst seit Mitte der 90er-Jahre wird eine Kapitaldeckung der Altersversorgung über Fonds aufgebaut. Damit ist das Pensionssystem jedoch auf dem besten Wege, sattelfest zu werden. Es ist viel moderner als das Rentensystem: Hier gibt es null Kapitaldeckung.

## Fußball-Abteilung besuchte Oldenburg

**Am 06.06.08** fuhren wir mit 38 Mitgliedern und Nichtmitgliedern der Beamtensportabteilung der JVA Heilbronn nach Oldenburg. Nach der Abfahrt um 05.00 Uhr kamen wir dort gegen 12.30 Uhr, bei schönstem Wetter, an und wurden von Kollegen der JVA Oldenburg empfangen.



Im Anschluss an das Mittagessen in der dortigen Kantine erfolgte eine 3-stündige Führung durch die JVA Oldenburg, die im Jahre 2001 in Betrieb genommen wurde und 317 Haftplätze aufweist.

Allein der optische Anblick der Vollzugsanstalt war beeindruckend. Auch war interessant zu sehen bzw. zu hören wie die Vollzugsgestaltung in einem anderen Bundesland ist. Nach der Führung und der Übergabe von mitgebrachten Geschenken fuhren wir zu unserem Hotel, das nur wenige Gehminuten vom Stadtzentrum entfernt liegt.

Am Abend begaben sich dann alle in das Stadtzentrum von Oldenburg, das im übrigen sehr schön ist, um sich in den dortigen Biergärten zu verteilen in denen sich ein reges Nachtleben abspielt.

Nachdem dann alle mehr oder weniger ausgeschlafen hatten, erfolgte am nächs-

ten Tage, um 09.30 Uhr, die Abfahrt nach Wilhelmshaven. Dort angekommen stand der Tag zur freien Verfügung (Stadtbummel, Hafenrundfahrten etc.). Gegen 17.30 Uhr fuhren wir wieder nach Oldenburg zurück. Abends begaben wir uns erneut in die Altstadt, teilweise bis in die frühen Morgenstunden. Am Sonntag, nach dem Frühstück, erfolgte die Rückfahrt nach Heilbronn. Unterwegs kehrten wir noch zu einem Abschlussessen in der Küferschänke in Sinsheim/Weiler ein um dann gegen 19.00 Uhr wieder in Heilbronn einzutreffen, rechtzeitig vor dem Fußballspiel Deutschland-Polen.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass der Ausflug eine gelungene Sache war, zumal wir wunderbares Wetter hatten, und eine Wiederholung zu gegebener Zeit, natürlich mit anderem Ziel, angebracht ist.

B. Rist

## BBW zur „Pension mit 67“: Nicht von der Bundeslösung abweichen

**(dbb) Der BBW-Beamtenbund Tarifunion hat die Landesregierung davor gewarnt, sich bei ihrer Entscheidung zur „Pension mit 67“ von Forderung und Argumentation des Steuerzahlerbundes (ver-)leiten zu lassen. BBW-Vorsitzender Volker Stich sagte am 18. August 2008 in Stuttgart, es dürfe in diesem Punkt „keine Abweichung von der Bundeslösung“ geben.**

Es sei unerhört, weil falsch und diffamierend für die Betroffenen, wenn der Landesvorsitzende des Verbandes, Wilfried Krahwinkel, von „Gerechtigkeit im Alter“ spreche und damit seine Forderung begründe, das Pensionsalter der Beamten im Land deutlich früher auf 67 Jahre anzuheben, als dies für die Beamten im Bund, in allen anderen Ländern und im Rentenbereich

vorgesehen ist. „Wie lange noch können immer wieder längst entkräftete Argumente vorgebracht werden, um den Beamtinnen und Beamten mit der schnelleren und früheren Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein echtes Sonderopfer abzuverlangen“, fragte Stich.

Verärgert reagiere der BBW auch auf das erneute Plädoyer von Finanzminister Willi

Stächele, die Beamten in Baden-Württemberg früher zur „Pension mit 67“ zu bringen, so Stich weiter.

### ■ Für Vergangenheitsfehler büßen

Offensichtlich sollten die Beamtinnen und Beamten die politischen Fehler der Vergangenheit finanzieren und dafür büßen, dass keine Versorgungsrücklagen gebildet wurden, mutmaßt der BBW-Vorsitzende.

Im Gegensatz zu den Kommunen in Baden-Württemberg habe das Land dies nämlich versäumt.

Der Beamtenbund werde bei der „Pension mit 67“ für einen „Sonderweg Baden-Württemberg“ keinen Finger reichen.

Fit für den Justizvollzugsdienst

## Vollzugsbedienstete aus Baden-Württemberg üben den Ernstfall

**Auch dieses Jahr fand im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen des JuM Baden-Württemberg ein Lehrgang für waffenlose Selbstverteidigung statt. Dieses Mal konnten 21 Beamtinnen und Beamte aus Baden-Württemberg am einwöchigen Lehrgang in der Landessportschule Tailfingen teilnehmen.**

Seit über 20 Jahren leitet Amtsinspektor im JVD Rüdiger Kaschlaw aus der JVA Rottenburg/Außenstelle Tübingen diese Tagungen. Ihm zur Seite stand zum zweiten Mal Amtsinspektor im JVD Volker Kurz von der Sozialtherapeutischen Anstalt.

Ziel dieses Lehrgangs war, die während der zweijährigen Ausbildungszeit erlernten Techniken hier aufzufrischen, zu perfektionieren und Neues zu erlernen.

Rüdiger Kaschlaw erstellte in den 80er Jahren einen verbindlichen Rahmenplan für die Ausbildung in der praxisorientierten Selbstverteidigung. An diesen Rahmenplan orientieren sich alle von der Justizvollzugsschule Stuttgart eingesetzten Trainer.

Die Aufgabe ist, einfache, wirksame, leicht erlernbare Techniken die lange im Gedächtnis bleiben zu vermitteln. Nur so ist das Training sehr effektiv und die hervorragenden Leistungen der Lehrgangsteilnehmer/innen sprechen für sich.

Ein Hauptteil der Tagung war der unmittelbare Zwang. Hier wurden unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit und je nach Situation und Räumlichkeit, verschiedene Griffe und Hebeltechniken geübt.

Ein weiterer Schwerpunkt war das Erlernen von Abwehrtechniken gegen Faustschläge, Fußtritte und Stockangriffe sowie die Abwehr von so genannten Kontaktangriffen wie Würgen, Umklammern, Schwitzkasten, Festhalten am Revers oder Armen.

Dieses Jahr hatte Rüdiger Kaschlaw einen Dozenten von der Polizeiakademie Villingen-Schwenningen eingeladen.

Gerne folgte Armin Berberich dieser Einladung und zeigte an einem Nachmittag der Gruppe sehr anschaulich neue effektive Selbstverteidigungstechniken gegen genannte Angriffe. Er begeisterte mit seinem Können und seiner Persönlichkeit die Trainer und Lehrgangsteilnehmer.

Einige seiner gezeigten Techniken werden in den bestehenden Rahmenplan übernommen.

Die erlernten Abwehrtechniken wurden gegen Ende des Lehrgangs in Form eines Mehrkampfes geübt. Eine/r verteidigt sich gegen **drei** Angreifer. Das gibt die nötige Selbstsicherheit die wir in unserem Beruf benötigen.

Der „schwarze Mann“, ein Vollschutzanzug, wurde abwechselnd von ein paar Lehrgangsteilnehmern angezogen. An diesem „Dummy“ konnten die erlernten Kontertechniken mit Vollkontakt praxisnah geübt werden. Hafträume wurden aus Mattenteilen, Gerätschaften und großen Gymnastikbällen nachgestellt um so die Griff- und Hebeltechniken unter realistischen Bedingungen anwenden zu können. Sehr interessant war das Rollenspiel „verbringen in den besonders gesicherten Haftraum“, unter Berücksichtigung der Eigensicherheit.

Der so genannte „lagebedingte Erstickungstod“ wurde erklärt und besprochen, damit schlimmste Unfälle bei Zugriffstechniken verhindert werden kön-



Links Co-Trainer Volker Kurz, rechts Lehrgangsführer Rüdiger Kaschlaw.

nen. Zwischen dem schweißtreibenden Selbstverteidigungstraining wurden auch Ball- und Wettkampfsportarten angeboten und gerne angenommen. Abends trug der Aufenthalt in der Sauna und im Hallenbad dazu bei, den „gestressten“ Körper zur verdienten Entspannung und Ruhe zu verhelfen. Ein großes Lob an die Lehrgangsteilnehmer/innen, die überdurchschnittliche Motivation gezeigt und super Leistungen erbracht haben.

Rundum ein sehr gelungener Selbstverteidigungslehrgang. Sehr gerne wieder.

Rüdiger Kaschlaw, 1. Kyu Judo, 1. Dan Ju-Jitsu, Fachtrainer F-Lizenz in Kampfsport, 1. Trainer an der Justizvollzugsschule Stuttgart und dem OLG Stuttgart.

Noch ein Wort zu Privatisierungen im Justizvollzug:

**Geht es erst um Sicherheit, wird man - schwuppdiwupp - gescheit!**

Quelle: BNN v.10.09.08, S. 2

**Der Bund kauft die Bundesdruckerei zurück**

Berlin (BNN/dpa). Rund acht Jahre nach dem Verkauf an einen Privatinvestor kauft der Bund die Bundesdruckerei zurück. Darauf hätten sich die bisherigen Gesellschafter sowie das Finanz- und das Innenministerium verständigt, teilte die Bundesdruckerei gestern Abend in Berlin mit. Die Transaktion wird mit der „Wahrung der nationalen sicherheitspolitischen Interessen“ begründet.

Damit seien die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterführung der Bundesdruckerei im Geschäft mit Banknoten gewährleistet, hieß es. „Der Erwerb der Bundesdruckerei GmbH schafft auch eine sicherheitspolitische Voraussetzung zur Vergabe der Herstellung des elektronischen Personalausweises an die Bundesdruckerei GmbH.“



Vorne links R.Kaschlaw, vorne rechts A.Bischoff Hinten links V.Kurz, hinten rechts A.Berberich.